

Weser-Kurier 20.11.09

Niedersachsen SEITE 13

Umweltschützer erwarten Raubbau

Sander will Naturschutzgesetz lockern

VON PETER MLODOCH

Hannover. Umweltminister Hans-Heinrich Sander (FDP) spricht von Bürokratieabbau und Baubeschleunigung; Umweltschützer befürchten Raubbau und schwere Schäden für die Natur. Niedersachsen will sich ein äußerst gelockertes Naturschutzgesetz geben. Nach dem „Entwurf eines Gesetzes zur Neuordnung des Naturschutzgesetzes“, der unserer Zeitung vorliegt, soll vor allem der Zwang zum Flächenausgleich bei Eingriffen in die Natur komplett fallen. Betreiber und Bauherren von Großprojekten können sich mit einem begrenzten Betrag – höchstens sieben Prozent der Gesamtkosten – freikaufen. Bei bestimmten Vorhaben, die im öffentlichen Interesse liegen, geht es sogar ganz ohne Kompensation in Geld.

Der niedersächsische Entwurf schöpft den Spielraum, den das neue Bundesnaturschutzgesetz den Ländern einräumt, bis an die Grenzen aus. Etliche Paragraphen erklären die Bundesvorschriften schlicht für ungültig oder weichen sie zumindest erheblich auf. Den Gemeinden beispielsweise wird „freigestellt“, ob sie künftig Landschaftspläne aufstellen. „Die können dann machen, was sie wollen“, prophezeit ein Naturschützer einen Wildwuchs beim Konkurrenzkampf um Gewerbegebiete. Dabei seien derartige Grünpläne durchaus eine wertvolle Hilfe bei der Bauleitplanung. Überraschungen wie etwa der plötzlich auftauchende Hamster ließen sich dadurch viel besser vermeiden. Daran müsse doch gerade die Wirtschaft ein Interesse haben.

Auch die Vorschriften zu den Landschaftsschutzgebieten werden gelockert. Diese „können“ ausgewiesen werden, heißt es im Entwurf lapidar. Ohne Konkretisierung sei das für die unteren Naturschutzbehörden ein Freibrief zum Nichtstun, lautet die Kritik. „Das Land stiehlt sich davon.“

Der liberale Umweltminister preist dagegen die Deregulierung. Der Entwurf setze bewusst „rechtspolitische Akzente“, heißt es in der Begründung. Sander verweist auf die gerade an der Küste immer knapper werdenden Flächen; dort sei ein Ausgleich in Naturalien oft gar nicht mehr möglich. Eine Argumentation, die dem Vernehmen nach auch in den Stadtstaaten Bremen und Hamburg mit ihren grünen Umweltsenatoren durchaus Beifall findet.